



**Susanna Karawanskij**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion DIE LINKE

## PRESSEMITTEILUNG

### Grundsteuer-Reform auf Eis gelegt – Kommunen drohen Einnahmeausfälle

Berlin, 15.02.2017  
Bezug: Grundsteuer

**BürgerInnenbüro**  
**Susanna Karawanskij, MdB**  
Schlossstraße 12  
04860 Torgau  
Telefon: +49 3421-776365  
Fax: +49 3421-776272  
susanna.karawanskij.ma03@bundestag.de

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 2.823  
Telefon: +49 30 227-73677  
Fax: +49 30 227-76678  
susanna.karawanskij@bundestag.de

„Trotz jahrelanger Beratungen sind CDU/CSU und SPD bei der Reform der Grundsteuer zerstritten und zeigen wenig Interesse, den im Bundesrat erzielten Kompromiss im Bundestag zur Abstimmung zu stellen. Rückendeckung bekommen sie von der Bundesregierung, die die Gesetzentwürfe nur bei einvernehmlicher Haltung des Bundesrates unterstützen möchte. Dort stimmten aber Hamburg und Bayern gegen das vorgeschlagene Reformmodell. Ein ‚16 zu 0‘ ist nicht ersichtlich. Es hat den Anschein, dass hier auf Zeit gespielt werden soll, denn weder in der Plenar- noch Ausschussplanung sind die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe aufgesetzt. Am Ende dieser Wahlperiode verfallen die nicht behandelten Gesetzentwürfe. Das ist ein fatales Signal für die Kommunen, denen bei Aussetzung der Grundsteuer ein Einnahmeausfall von mindestens 13 Milliarden Euro droht“, erklärt die sächsische Bundestagsabgeordnete Susanna Karawanskij (DIE LINKE), Sprecherin für Kommunalfinzen, im Anschluss an die heutige Sitzung des Finanzausschusses des Bundestages, in der das Bundesministerium der Finanzen Auskunft über den Stand der Grundsteuerreform gab. Karawanskij weiter:

„Wenn das Bundesverfassungsgericht mit einem Urteil kommt und das gegenwärtige Gesetz mit den veralteten Einheitswerten für verfassungswidrig erklärt, droht bis zur Nachbesserung durch den Gesetzgeber eine Aussetzung der Grundsteuer. Daher müssen CDU/CSU und SPD jetzt erklären, wie sie die enormen Einnahmeausfälle unserer Kommunen in solch einem Fall zu kompensieren gedenken. Weiteres Abwarten wäre ebenso töricht wie ein Schlechtreden der Grundsteuer, wie es aber CDU-Abgeordnete tun, indem sie von der Grundsteuerreform als ‚Konjunkturprogramm für Populisten‘ sprechen, obwohl noch nicht annähernd absehbar ist, wie stark Belastungsverschiebungen sein werden.“